



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 1. Dezember 2020  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **A 431 Anfrage Wedekind Claudia und Mit. über die Rahmenbedingungen beim Übergang in die Berufswelt / Bildungs- und Kulturdepartement**

Die Anfrage A 431 wurde auf die November-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Claudia Wedekind ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Claudia Wedekind: Ich danke der Regierung bestens für die Beantwortung der Fragen. Zuallererst ist es mir ein Anliegen, meine Wertschätzung auszusprechen. Es ist gut und wichtig zu wissen, was der Kanton Luzern für junge Menschen im Übergang von der Schule in die Berufslehre und damit in die Berufswelt macht. Die Antwort der Regierung unterstreicht dieses Bild nicht nur hinsichtlich Normalzeiten, sondern auch in der aktuellen ausserordentlichen Lage. Trotzdem machen sich viele Jugendliche an der Schwelle ins Berufsleben, deren Eltern, aber auch viele Lehrbetriebe Sorgen. Aus persönlichen Gesprächen mit Jugendlichen, Eltern, Lehrpersonen, Vertretern von Ausbildungsbetrieben und aus eigener Erfahrung weiss ich, dass viele Jugendliche etliche Absagen von Schnupperlehren und Informationsveranstaltungen hinnehmen müssen und somit im Ungewissen bleiben. Diese Jugendlichen möchten 2021 oder 2022 eine Ausbildung beginnen. Die Berufswahlphase, das Beenden der obligatorischen Schulzeit, das Abschliessen eines Ausbildungsvertrags, die Auswahl des Lehrbetriebs, das alles sind ganz wichtige und prägende Meilensteine im Leben eines Menschen. Das alles passiert aktuell im Leben von vielen jungen Luzernerinnen und Luzernern. Ich bin deshalb froh, wenn der Regierungsrat feststellen kann, dass die Situation im Kanton Luzern im Moment relativ stabil ist. Ich bitte den Regierungsrat jedoch eindringlich, die Situation laufend zu beobachten und mit den in der Antwort aufgezeigten Projekten und Massnahmen sowie gegebenenfalls weiteren proaktiv zu bleiben. Wie wir in diesem Saal schon mehrfach gehört haben, lebt der Kanton Luzern von KMU, Handwerksbetrieben und dem Gewerbe. Diese brauchen auch zukünftig qualifizierte Fachkräfte. Die Betriebe führen so viele Schnuppertage durch wie nur möglich. Vielerorts müssen diese aber verschoben werden, finden gar nicht statt oder nur unter erschwerten Bedingungen. Lehrstellen hat es offenbar jedoch genügend. Trotzdem erzählen mir immer wieder vorwiegend schulisch schwächere Jugendliche, dass sie nicht nur sehr viele Bewerbungen für eine Schnupperlehre verschicken müssen, sondern auch, dass es für sie in der aktuellen Lage ganz besonders schwierig ist, auf einen erfolgreichen beruflichen Weg zu kommen. Ich halte es deshalb für wichtig, dass bereits heute entsprechende Unterstützungsmassnahmen vorbereitet werden, damit sie dann, wenn es dringend nötig ist, aktiviert und unbürokratisch eingesetzt werden können. Zum Schluss noch eine Bemerkung: Unsere Jugendlichen in der Berufsfindungsphase haben keine Lobby, aber

sie haben uns Erwachsene. Sie haben uns Politiker, die ihnen die bestmöglichen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen müssen, damit sie gut in die Berufswelt starten können.

Simone Brunner: Ich danke Claudia Wedekind für das Einreichen dieser Anfrage. Sie betrifft ein wichtiges Thema, das gerade in dieser Krise regelmässig in diesem Rat diskutiert werden sollte. Im vergangenen Frühling haben die Prognosen für den Lehrstellenmarkt sehr düster ausgesehen, und verschiedenste Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gingen davon aus, dass viele Jugendliche keine Lehrstelle finden werden, dies aus Gründen einer Konkurswelle oder wegen Sparmassnahmen von Betrieben. Dieses Szenario ist zum grossen Glück nicht eingetreten. Das ist einerseits unseren Luzerner Betrieben, aber sicher auch zum Teil der schnellen Reaktion der Politik in Bundesbern zu verdanken. Die Taskforce Berufsbildung 2020 mit einer Monitoringfunktion über die Lehrstellensituation in den Kantonen wurde ins Leben gerufen. Man hat aber auch Fördergelder zur Verfügung gestellt. Ich begrüsse es sehr, dass der Kanton Luzern diese Gelder abgeholt hat, um Projekte zwecks Lehrstellenbesetzung zu finanzieren. Trotzdem bleibt die Lage rund um die Lehrstellensuche angespannt. Wir können wohl erst im Frühling oder noch später erkennen, wie es um eine sich potenziell abzeichnende Jugendarbeitslosigkeit steht. Warum bleibt die Lage angespannt? Es gibt mehrere Gründe dafür. Einer ist sicher, dass es in bestimmten Branchen sehr schwierig ist. Der Regierungsrat erwähnt in seiner Antwort vor allem die Gastronomie und die Hotellerie. Gerade auch in der Lehrstellen-intensiven Gesundheitsbranche ist Schnuppern zum Teil sehr schwierig. Wir müssen davon ausgehen, dass die Einblicke in die Berufswelt im Moment nicht die gleichen sind wie in vergangenen Jahren. Hier würde es mich sehr interessieren, was das allenfalls für Auswirkungen auf die Lehrstellenbesetzung im nächsten Sommer hat und inwiefern man mit den betroffenen Branchen in Kontakt steht, um allenfalls Hand für Unterstützung zu bieten. Dazu kommt, dass wir möglicherweise vor einer Konkurswelle stehen. Sehr wahrscheinlich werden gerade in der Hotellerie und der Gastronomie die Lehrstellen reduziert werden. Auch wenn es in der Vergangenheit teils herausfordernd war, diese zu besetzen, können wir davon ausgehen, dass dort ein Abbau stattfinden wird. Ein weiterer Trend ist, dass die jungen Erwachsenen in den sicheren Hafen einer Vollzeit-BMS, eines Studiums oder der Rekrutenschule strömen. Wie sieht hier die Situation in Luzern aus? Sind wir finanziell und personell dafür gerüstet? Ich danke dafür, dass dieses Thema zugunsten der Jugendlichen in unserem Kanton zuoberst auf Ihrer Traktandenliste bleibt.

Rosy Schmid-Ambauen: Der Übertritt ins Berufsleben ist für jeden Jugendlichen ausserordentlich wichtig. Dieses Thema haben wir im Rat schon öfters diskutiert und entsprechende Vorstösse überwiesen. Jugendlichen stehen heutzutage verschiedenste Massnahmen zur Verfügung. Wir sind überzeugt, dass auch die Schulen eine aktive und gute Betreuung für einen erfolgreichen Übertritt leisten. Eine intensive Zusammenarbeit mit dem Gewerbe und den Betrieben vor Ort wird gelebt. Auch jetzt in der Corona-Zeit gibt es einige Orte, welche Berufserkundungsparcours durchführen. Die Branchen werden stark einbezogen, was sehr wichtig ist. Hier muss man dranbleiben. Der Auftrag zur besseren Nutzung des dritten Sekundarschuljahres wurde von unserem Rat vergeben, und eine Fächerwahl zur Erleichterung eines Übertritts zu einer Berufsmatura ist eingeführt. Die Regierung zeigt in der Antwort auf, dass sehr viele Instrumente eingesetzt werden – auch ganz speziell für die aktuelle Covid-19-Situation – wie eine extra Nahtstellenbetreuung, spezielle Lernateliers oder Zusatzkurse für die Lernenden vom ersten bis zum dritten Lehrjahr. Viele Jugendliche brauchen aber in der Sekundarschule mehr Zeit, um überhaupt zu wissen, wohin ihr Weg gehen soll, was sie können und was sie möchten und welche Talente sie im Speziellen haben. Das ist ein springender Punkt. Man muss den jungen Menschen Zeit geben, und auch diese Phase muss stark von der Familie unterstützt werden. Die FDP ist der Meinung, dass der Kanton Luzern und die Unternehmen diesbezüglich sehr gut unterwegs sind. Es ist erfreulich, dass eine Offenheit gelebt wird, um immer neue Projekte oder Massnahmen anzugehen. Aber das ist natürlich eine Daueraufgabe aller Betroffenen und ein stetes Bemühen, dem schnellen Puls der Zeit folgen zu können. Die

FDP dankt der Regierung und ist mit den aktuellen Massnahmen zufrieden.

Jonas Heeb: Ende Juni haben wir bereits im Rahmen eines Postulats von Simone Brunner über dieses Thema diskutiert. Damals hat sie Massnahmen für die Vorbeugung von Jugendarbeitslosigkeit vorgeschlagen. Der Vorstoss wurde wegen der bereits bestehenden Instrumente teilweise erheblich erklärt. Bei der Stellungnahme zu diesem Postulat war bereits eine gewisse Unsicherheit spürbar, was klar ist, denn niemand kann die Zukunft voraussagen. Zum aktuellen Zeitpunkt ist die Lage nicht allzu drastisch, zumindest wenn man das grosse Ganze anschaut. Wenn man gewisse Einzelschicksale anschaut, sieht es anders aus. Es sind vermeintlich kleine Aspekte, welche eingeschränkt werden. Man muss sich jedoch in die Situation einer jugendlichen Person hineinversetzen, welche auf der Suche nach einer Lehrstelle ist und durch die aktuelle Situation noch verunsicherter ist als sowieso schon. Es gibt durchaus Fälle, in denen junge Erwachsene auch nach der Lehre Schwierigkeiten haben, eine Stelle zu finden. Darüber hinaus ist die Zukunft immer noch unklar. Schon im Juni wurde von der Regierung gesagt, dass es für 2021 allenfalls enger werden könnte. Dieses Szenario ist immer noch nicht auszuschliessen. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass Agieren statt Reagieren der richtige Weg ist. Auch in der Antwort auf diese Anfrage heisst es, dass der Lehrstellenbedarf 2021 eher vorhanden sein könnte. Was das genau heisst, weiss aktuell noch niemand. Grundsätzlich stimmen die Antworten positiv. Einzelne Aussagen sind dann doch sehr vage, wie zum Beispiel, dass das Zentrum für Brückenangebote bis zu einem gewissen Grad noch ausgebaut werden könnte. Das zeigt die Schwierigkeit des Vorhersagens dieser Situation. Die Situation ist weiterzuverfolgen, und wir hoffen, dass bei Anzeichen einer Dramatisierung der Lage oder bei einer Überlastung der aktuellen Instrumente entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Es darf nicht erst dann gehandelt werden, wenn es schon zu spät ist.

Lisa Zanolla: Die SVP-Fraktion ist mit den aktuell getroffenen Massnahmen und der Beantwortung dieser Anfrage zufrieden. Als KMU-Kanton verfügt Luzern über stark verankerte duale Berufslehren. Die Luzerner Firmen und das Gewerbe benötigen den Nachwuchs und suchen ihn auch. Es sind aktuell Einzelfälle, bei denen Schnupperlehren verschoben werden oder nicht stattfinden können. Bisher ist aber im Kanton Luzern und in der ganzen Zentralschweiz noch keine Anhäufung von Problemen erkennbar. Der Bereich der Berufsintegrationsberatung wurde im Zuge von Covid-19 mit Bundesmitteln ausgebaut, und zusätzliche Stellen wurden geschaffen. Ergänzend dazu gibt es das Case-Management Berufsbildung, wo Jugendliche mit Mehrfachproblematik gezielt begleitet werden können. Die Lernstellenanbieter agieren autonom respektive im Rahmen ihrer Branche. Zum Beispiel hat die Gastrobranche ein Basislehrjahr angeboten, um den Lernenden den Einstieg in die Branche zu ermöglichen, um dann erst später in einen Lehrbetrieb wechseln zu können. Beim Lehrbeginn 2020 wurde dies jedoch noch nicht genutzt, es wird aber 2021 sicher stattfinden. Die Planung für die Zentralschweizer Bildungsmesse (Zebi) 2021 läuft bereits in Zusammenarbeit mit der Messe Luzern. Mit Verlinkungen führt sie die Jugendlichen ihren Berufsinteressen entsprechend zu Informationen über Berufe und Branchen, zu Videos und Veranstaltungen. Wir sind mit der Antwort zufrieden und appellieren an die Regierung, hier weiter ein Auge darauf zu werfen.

Angelina Spörri: Wegen der Pandemie haben viele Betriebe schwer zu kämpfen, müssen Personal entlassen oder haben einen Einstellungsstopp. Dass es Unternehmen geben wird, die vorsichtig mit der Einstellung von neuen Lehrlingen im nächsten Sommer sein werden, ist zu erwarten. Das zeigt auch der Lehrstellenpuls, ein Forschungsteam der ETH. 18 Prozent der schweizweit befragten Firmen haben im Oktober angegeben, im nächsten Jahr weniger Lehrstellen anzubieten. Das hat sich seither sicher nicht verbessert. Es wird also im nächsten Jahr definitiv weniger Lehrstellen zur Verfügung haben. Aus den Antworten des Regierungsrates lässt sich herauslesen, dass er sich der Problematik bewusst und darauf vorbereitet ist. Sollte es nötig werden, können diverse Beratungsstellen wie auch das Brückenangebot ausgebaut werden. Als KMU-Kanton verfügt Luzern über eine stark verankerte duale Berufslehre. Die Firmen kennen die Problematik des Fachkräftemangels, sie brauchen den Nachwuchs und suchen ihn auch. In gewissen Branchen gibt es aber

schon länger ein generelles Überangebot an Lehrstellen, und das wird sich auch mit der Corona-Krise nicht ändern. Für Lehrstellensuchende ist die aktuelle Situation schwierig, und es braucht auf jeden Fall mehr Einsatz und Aufwand. Dass dies Ängste und Unsicherheiten bei den Jugendlichen und den Eltern auslöst, ist verständlich. Der Regierungsrat ist sich der Problematik bewusst, was uns positiv stimmt. Es ist uns wichtig, dass die Sorgen der jungen Erwachsenen weiterhin ernst genommen werden und diese Problematik sehr gut monitorisiert wird.

Christine Kaufmann-Wolf: Für junge Menschen ist aktuell die Berufswahl nicht einfach. Die Zebi wurde aus verständlichen Gründen abgesagt. Für die Schüler und ihre Eltern bricht dadurch eine wichtige Informationsmöglichkeit weg, denn anlässlich der Zebi wird eine Vielfalt von bekannten und unbekanntem Berufen und deren Arbeitsstätten vorgestellt. Leider werden aktuell wegen der Corona-Pandemie nur noch wenige Schnupperlehren angeboten. Es gibt viele Absagen, und mir haben verschiedene Eltern gesagt, dass ihre Kinder nur noch mit Vitamin B an eine Schnupperlehre kommen. Schnupperlehren sind aber für die Berufswahl enorm wichtig, denn oft kann die Realität mit den Traumvorstellungen eines Berufes nicht mithalten. Dadurch kommt es zu beruflichen Enttäuschungen, und es passieren Lehrabbrüche. Diese sind aber immer ein stark emotionaler und ressourcenbindender Prozess. Die Lernenden fühlen sich dann oft als Versager, und die Lehrbetriebe verlieren ihre jungen Auszubildenden, welche für die Zukunft wichtig sind. Es ist wichtig, dass wir die Unternehmer wieder für Schnupperlehren sensibilisieren. Es darf nicht sein, dass ein oder zwei Schuljahrgänge wegen der Corona-Pandemie beruflich ausgebremst oder sogar verloren gehen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wir sprechen hier vom Übergang I von der Schule in die Lehre. Die gleiche Problematik gibt es auch noch beim Übergang II von der Lehre in die Berufswelt, dieser ist aber nicht Gegenstand dieser Diskussion. Der Übergang I war schon immer ein Thema, entsprechend gibt es zahlreiche Instrumente, welche sich in den letzten Jahren sehr bewährt haben. Jetzt können wir auf bewährte Instrumente zurückgreifen und diese intensivieren. So können wir den Mehrbedarf abfangen. Ja, es kann sein, dass eine Schnupperlehre verschoben oder verkürzt wird. Der Lehrvertrag kann aber auch später eingereicht werden, weil die Verträge später abgeschlossen werden. Lehrverträge wurden schon immer aus verschiedenen Gründen aufgelöst. Wenn ein Lehrverhältnis aufgelöst wird, sucht man eine Lösung, um dieses wieder neu zu positionieren. Das ist genau der Mechanismus, der hier entstehen kann. Wir haben also Instrumente und haben diese intensiviert, damit wir die Jugendlichen in die Lehre überführen oder auffangen und in ein neues Lehrverhältnis überführen können, falls etwas schief läuft. Das ist so weit vorbereitet. Das erwähnte Brückenangebot ist immer nur eine Ersatzlösung. Es ist nicht das Ziel, möglichst viele Jugendliche im Brückenangebot zu haben. Es ist das Ziel, möglichst viele Jugendliche von der Volksschule direkt in ein Lehrverhältnis überführen zu können. Wenn das nicht funktioniert, dann dient das Brückenangebot als Auffanggefäss. Aber wir gehen nicht davon aus, dass die bestehende Kapazität nicht reichen würde. Wir können auch sagen, dass der Markt funktioniert. Die Lernenden finden Lehrstellen, auch wenn es etwas schwieriger ist. Die Firmen haben gar kein Interesse, keine Lehrstellen mehr anzubieten. Die heutigen Lernenden sind ihre Fachkräfte von morgen. Die Lehrbetriebe tun alles dafür, dass sie Lehren erhalten können. Einer der Märkte ist die Zebi. Die Zebi funktioniert, und entgegen der Vermutung im Vorstoss findet diese jährlich statt. Man hat sie intensiviert, weil das Angebot gut funktioniert hat und man dort die Lernenden und die Lehrbetriebe zusammenbringen kann. Das funktioniert gut. Kantonsrätin Simone Brunner hat mich nach gewissen Branchen gefragt. Die Gastrobranche hat es natürlich im Moment schwierig. Da gibt es nun das Angebot, eine Lehre ein Jahr lang in der Schule zu machen und dann in den Betrieb zu gehen. Diese Änderung hat man mit den Organisationen der Arbeitswelt zusammen diskutiert und eingeführt. Ja, es ist im Moment schwierig, in einem Altersheim oder Spital eine Schnupperlehre zu machen, aber auch diese Branche braucht Lernende, denn sie ist auf Fachkräfte angewiesen. Ich bin überzeugt, dass wir hier mithelfen können,

die Lehrstellen zu besetzen. Es gibt aber auch viele Branchen, die keine Probleme haben, zum Beispiel die IT-Branche. Es gibt auch keine Anzeichen, dass die Lehrstellen bei der öffentlichen Hand weniger werden. Die öffentliche Hand könnte hier immer noch als Puffer agieren, das haben wir vor 15 Jahren schon einmal gemacht. Es brauchte mehr Lehrstellen, also hat der Staat bei sich selber mehr Lehrstellen geschaffen. Ich bin überzeugt, dass das System funktioniert. Zu Jonas Heeb: Wir sollen agieren, statt reagieren. Ich glaube, hier sehen Sie ein typisches Beispiel dafür, wie wir agieren und nicht nur reagieren. Wir wollen nicht zu spät sein, und wir sind vorbereitet. Wir können jedoch nicht versprechen, dass es funktioniert, denn wir können die Zukunft auch nicht voraussagen. Aber wir können mithelfen, sie zu gestalten.